

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pl., monatlich 22 Pl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. Mai 1919

Anzeigenpreis: Berechnung, Fortbildung, Arbeitsmarkt und Tobesanzeigen 20 Pl. die fünfzählige Zeile; Anzeigen, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 60 Pl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 56

Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker

Das Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker erkaufte hierüber wie nachstehend vorläufigen Bericht, um die Mitglieder der Tarifgemeinschaft auf dem laufenden zu erhalten:

Die Mitglieder des Tarifausschusses und die an den Verhandlungen teilnehmenden Vertreter der Organisationen waren bereits am 11. Mai zu gesonderten Beratungen versammelt, um zu der am 14. Mai beginnenden Plenarversammlung Stellung zu nehmen. Es müssen gründliche Aussprachen in diesen getrennten Vorbesprechungen der Prinzipals- und Gehilfenvertretungen erfolgt sein, das bewies das zähe Festhalten an den aufgestellten Programmen während der Plenarberatung. Die derselben obliegenden Aufgaben waren so erster und schwieriger Art, daß deren Bewältigung in der üblichen Tagungsfrist eine außerordentliche Leistung bedeutet haben würde, für deren Vollbringen aber auch eine schnelle Verständigung unter den Verhandlungsteilnehmern die Voraussetzung war. Diese Verständigungsmöglichkeit ist leider weder in den ersten Beratungstagen noch am fünften Verhandlungstage gefunden worden, trotzdem das Tarifausschuss nur mit vier Verhandlungstagen gerechnet hatte.

Bereits am zweiten Sitzungstage mußte man sich davon überzeugen, daß man im Plenum bei der großen Zahl von Rednern nicht so bald zu einem positiven Verhandlungsergebnisse kommen könne. Es wurden deshalb zwei Kommissionen aus je sieben Prinzipalen und Gehilfen gebildet, denen die Durchberatung der Tagesordnung und das Ausarbeiten von Vorschlägen für das Plenum zur Aufgabe gestellt wurden. Der Kommission I wurden als Beratungsgegenstände zugeleitet:

1. Die Forderung neuer Steuerzulagen,
2. Feriengewährung.

Die Kommission II trat in eine Beratung der übrigen Tagesordnungspunkte ein, nämlich:

3. Verkürzung der Arbeitszeit,
4. Stellungnahme zur Nachtarbeit,
5. Unterbringung der Arbeitslosen,
6. Veränderung in den Lokalzuschlägen,
7. Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderten Wirtschaftsbedingungen,
8. Aussprache über die Geschlichtmachung des Deutschen Buchdruckerartikels.

Beide Kommissionen nahmen am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages ihre Arbeiten auf. Die Kommission I stellte aber am Abend desselben Tages ihre Tätigkeit ein, weil eine Verständigung schon über den ersten Beratungsgegenstand nicht gelingen wollte. Während die Gehilfenmitglieder jener Kommission eine wöchentliche Steuerzulage von 35 Mk. für alle Gehilfen im deutschen Tarifgebiete forderten, erklärten die Prinzipalsvertreter, daß sie mehr als 10 Mk. nicht bewilligen könnten, daß außerdem für kleine Orte noch ein Abschlag von dieser Summe zulässig sein müsse, und daß für die besetzten Gebiete eine Steuerzulage überhaupt nicht zu gewähren sei. Dagegen erklärten sich die Prinzipalsvertreter bereit, nach beendeter Ausschüttung ihren Tarifstellen von der Sachlage Kenntnis zu geben und die Mitglieder derselben zu befragen, ob gegenüber der bisher nicht bekannt gewordenen Summe der Gehilfenforderung ein weiteres Entgegenkommen möglich sei. Die Gehilfenvertreter erklärten dagegen, daß gegenüber dem Angebote der Prinzipalsvertreter eine Fortführung der Kommissionsberatung zwecklos sei.

Die Verhandlungen in dieser Kommission wurden deshalb in den letzten Abendstunden für abgebrochen erklärt.

Die Kommission II hatte während derselben Zeit über die Veränderung der Lokalzuschläge beraten, war zu positiven Vorschlägen gekommen und glaubte in weiteren Punkten dieses Beratungsgegenstandes zu einer Verständigung zu kommen.

Diese Kommissionsberichte nahm der Tarifausschuss am dritten Verhandlungstage morgens entgegen. Seitens des Geschäftsführers des Tarifausschusses wurde auf die nun geschaffene ernste Lage mit allen ihren Möglichkeiten und Gefahren hingewiesen und ein Vermittlungsvorschlag gemacht, beginnend mit einer Steuerzulage von 10 Mk. für kleine Orte, steigend bis 17,50 Mk. in den größten Orten. Nunmehr traten beide Parteien des Ausschusses in Sonderberatungen ein, die sich bis 3 Uhr nachmittags ausdehnten. Nach Beendigung derselben erklärten die Prinzipalsvertreter, daß auch sie der Auffassung seien, daß eine weitere Kommissionsberatung zwecklos sei. Sie könnten ein weiteres Zugeständnis nicht machen. Die weiteren Verhandlungen im Plenum führten dann dazu, daß das Tarifausschuss ersucht wurde, dem Reichsarbeitsamt von der Sachlage Kenntnis zu geben und daselbe um eine Vermittlung, wenn auch nicht um einen Schiedsspruch, zu bitten. Diesem Ersuchen kam das Tarifausschuss nach.

Am vierten Verhandlungstage vormittags wurde im Plenum über weitere Unterbringung der Arbeitslosen verhandelt. Zu einer Beschlußfassung hierüber kam es zunächst nicht, weil die Beratungen zwecks Aufnahme der Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium abgebrochen werden mußten. Es wurde vereinbart, daß vor dem Ministerium verhandelt werden sollte über Steuerzulagen, Arbeitszeit und Ferien. Aber alle übrigen Beratungsgegenstände sollte das Plenum nach Beendigung der Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium weiter beraten.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium begannen nachmittags 2 1/2 Uhr unter Vorsitz des Herrn Regierungsrats Dr. Hausmann. Als Sachverständige bzw. Gutachter waren im Einverständnis mit dem Tarifausschuss vom Reichsarbeitsministerium zugezogen worden eine Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums — das Finanzministerium war zur Entsendung eines Vertreters nicht imstande — und Vertreter des Buchhandels, die sich später zur Sache in einem Telegramm äußerten, des Zeitungsverlegervereins und des Vereins der Fachpresse.

In dieser Verhandlung begründeten die Vertreter beider Parteien noch einmal ihren entgegengesetzten Standpunkt in der Angelegenheit, einer Erhöhung der Steuerzulage und der Verkürzung der Arbeitszeit. Zu einem Entgegenkommen in der Ferienfrage erklärte sich die Prinzipalpartei bereit. Nach stundenlangem ergebnisloser Beratung zog sich die Prinzipalsvertreter wiederum zu Sonderberatungen zurück. Nach Beendigung derselben gaben die Prinzipalsvertreter ihr äußerstes Angebot bekannt. Daselbe bestand in einer Zulage von 8 Mk. für Orte bis 5 Proz. Zuschlag, von 10 Mk. für Orte mit 7 1/2 und 10 Proz. Lokalzuschlag und von 12 Mk. für alle übrigen Orte; für besetzte Gebiete sollten besondere Bestimmungen getroffen werden; bereits gewährte höhere Zulagen sollten bestehen bleiben. An Ferien sollten gewährt werden bis zu einem Jahre Dienstzeit im Betriebe drei Tage, über ein bis drei Jahre Dienstzeit sechs Tage, über drei bis zehn Jahre Dienstzeit neun Tage. Kriegsjahre sollten angerechnet werden. Als Entschädigung für Einführung dieser Zugeständnisse sollte der 1. Mai gelten. Die Gehilfenvertreter erklärten diesen Vorschlag über Steuerzulage für unannehmbar und glaubten weitere Zugeständnisse in der Feriengewährung erwarten zu können, gaben aber ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, in der Frage der Arbeitszeit entgegenzukommen. Spät abends wurde die Verhandlung verlagert, am Sonntagvormittag fortgesetzt zu werden.

In der Sonntagberatung wurde man sich schon eingangs der Verhandlung auf Vorschlag des Herrn Vertreters vom Reichsarbeitsministerium darüber einig, daß die Kommission I mit dem Verhandlungsleiter zunächst einmal gesondert beraten solle, um einen Weg der Verständigung zu finden, der anscheinend in der Gesamtheit der Verhandlungsteilnehmer nicht zu finden war. Eine mehrstündige Beratung dieser Kommission, in der die verschiedensten Vermittlungsvorschläge gemacht wurden, und deren weitestgehender der des Verhandlungsleiters war,

führte leider nicht zu der gewünschten Verständigung. Die Prinzipalsvertreter lehnten auch den Vermittlungsvorschlag des Verhandlungsleiters ab. Die Gehilfenvertreter fanden denselben nicht für ausreichend, erklärten aber, daß er eine Brücke für weitere Verhandlungen bilden könnte; gegenüber der Erklärung der Prinzipale hielten sie jedoch eine weitere Beratung in der Kommission für überflüssig. Dem wieder zusammentretenden Plenum wurde hiervon Kenntnis gegeben. Daselbe sah schließlich auf Anregung des Regierungsvertreters den Beschluß, die Entscheidung über die drei Beratungsgegenstände einem besonders einzusetzenden Schiedsgericht, abildet aus sechs Schiedsrichtern, von denen je drei prinzipalsseitig und gehilfenseitig zu ernennen seien, zu überfragen, das unter Vorsitz eines vom Reichsarbeitsministerium zu ernennenden Obmannes zu tagen hätte. Mit diesem Resultate wurden Sonntagvormittag 3 Uhr die Verhandlungen geschlossen. Am Montag sollte der Tarifausschuss über die noch nicht erledigten übrigen Punkte der Tagesordnung in der Beratung fortfahren.

Das Schiedsgericht soll schnellstens zusammenberufen werden, welche Aufgabe dem Tarifausschuss zugewiesen wurde.

Das ist bis zur Stunde das Ergebnis einer fünfjährigen bzw. achtjährigen Tagung. Solange die Tarifgemeinschaft besteht, sind Verhandlungen im Tarifausschuss noch niemals mit so geringem positiven Resultate geführt worden, und noch niemals war es im Buchdruckgewerbe nötig geworden, zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen aus dem Arbeitsvertrage dem Verwale nicht angehörende Stellen und Personen zur Mittelschlichtung heranzuziehen. Das es diesmal anders gekommen ist, mag in den außergewöhnlichen politischen und wirtschaftlichen Zuständen begründet sein, ist aber trotzdem vom Standpunkte des Buchdruckgewerbes mit seiner bestorganisierten Tarifgemeinschaft tief zu bedauern.

In den Stunden, da diese Nummer des „Korr.“ in die Hände seiner Leser kommt, fallen in Berlin erst die Würfel, die eine definitive Entscheidung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung des Tarifausschusses durch einen Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums bringen sollen. Da bei Abschluß dieser Nummer uns diese Entscheidung noch nicht bekannt ist, wollen wir darauf verzichten, im Anschluß an den vorstehenden offiziellen Bericht jetzt schon das zu sagen was vom Gehilfenstandpunkt aus nach unrer Auffassung über den Verlauf und das Resultat der Verhandlungen gefaßt werden müßte.

Diese durch die besonderen Umstände bedingte Zurückhaltung ist neben der Vermeidung des Eingetretens in ein „schwebendes Verfahren“ in erster Linie in unsern gesamten inneren und äußeren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Die Tatsache, daß die Tarifunterhändler nach so lang dauernden Verhandlungen aus eigenem zu einer Verständigung nicht gelangen konnten, vielmehr ein Reichsarbeitsministerium anrufen mußten, beweist die unendliche Schwierigkeit, die Forderung der Gehilfen mit der Tragfähigkeit des Gewerbes auszugleichen.

Es steht zu erwarten, daß der Schiedsspruch bei Abwägung aller Gegenläge doch eine Erfüllung dessen in sich schließt, was die Gehilfenchaft zur Erhaltung ihrer Existenz unbedingt notwendig hat. In dieser Zuversicht fordern wir die Kollegenchaft auf, in ruhiger Disziplin der weiteren Entwicklung zu harren!

Die Kriegserfahrkräfte und ihre Wiederentfernung

Der kurzen Heraushebung prinzipiell besonders bedeutungsvoller Ausführungen im Geschäftsberichte des Tarifausschusses in Nr. 53 sollte noch eine kleine Betrachtung über die wichtige, in den Kriegsjahren 1915, 1916 und 1917 so viel Beunruhigung und Belästigungen heraufbeschworene Angelegenheit der Zulassung von ungerufenen Arbeits-

kräften sowie von Bebrüngen über die tarifliche Skala hinaus folgen. Auch wenn der Geschäftsbericht nicht inwischen als vergiffen gemeldet worden wäre, würden wir darüber etwas gebracht haben. Denn es muß doch im „Korr.“ berichtet werden, wie sich der Ausgang gestaltet hat.

Weibliche Erzhahkräfte waren bei Aushebung der Ausnahmen im ganzen 2802 beschäftigt, und zwar im Handlab 1809, Maschinenlab 472, an Druckmaschinen 444, in der Stereotypie 68, mit Korrekturen 9. Die meisten Einstellungen erfolgten im Tarifhefte VII mit 541, dann VIII: 500, II: 384, I: 254, VI: 232, X: 210, IV: 178, XII: 152, IX: 138, V: 87, XI: 85, III: 38, IVa: 3. Natürlich ist diese sehr ungleiche Verteilung nicht allein auf die Größenverhältnisse der Tarifhefte und die Bedürfnisfrage, sondern wesentlich auch auf das unterschiedliche Interesse an der Frauenarbeit zurückzuführen. Auffallen muß die im Verhältnis zum Maschinenlab hohe Beschäftigungszahl an den Druckmaschinen. Im Handlab und im Maschinenlab sind 84 weibliche Personen tätig gewesen; der Kreis VII hebt mit 25 auch hier weit voran.

Männliche Erzhahkräfte waren es im ganzen 103. Auf den Handlab entfielen nur 2, auf das Korrekturenlab 2, auf den Maschinenlab 8, auf die Stereotypie 38, auf die Druckmaschinen 53. Der Kreis II hebt mit 19 an erster Stelle; es folgen VII mit 15, VIII: 10, VI: 9, I: 8, IV und XI: je 7, IX: 6, III und IVa: 5, V, X und XII: je 4. Die männlichen Erzhahkräfte waren überwiegend (81) Buchdruckerhilfsarbeiter, im übrigen Stereotypenre (an Druckmaschinen) 6, Steinbrücker 4, Buchbinder, Tischler und Monteurs je 2, Graveur, Kaufmann, Lithograph, Mechaniker, Redakteur und Schlosser je 1.

Durch Beschluß des Buchdruckerlab vom 18. November 1918 mußten sämtliche Erzhahkräfte zur Entlassung kommen, da nach den wiederholten Erklärungen des Tarifamts die arbeitslosen gelernten Arbeitskräfte unter allen Umständen das Vorrecht zur Einstellung haben. Wo jetzt noch vereinzelt Erzhahkräfte beschäftigt werden sollten, da muß mit Nachdruck darauf bestanden werden, daß auch im letzten Druckerlab der Kriegesjahr verschwindet. Bei der Energie, die selbst in den kleinsten Privatfabriken auf dem Lohngebiete jetzt an den Tag gelegt wurde, kann es an der praktischen Beilegung dieser Ausnahmestimmungen doch nirgends fehlen. Sie ist ja wohl auch in gewiß vollstän-

Wenn man zurückdenkt, wie in Versammlungen von Kollegen, die wegen ihres radikalen Auftretens häufig als die Fortgeschrittenen angesehen werden, für die Aufnahme der Erzhahkräfte in unsere Organisation Stimmung gemacht, ja es als Verabläumdung bezeichnet wurde, wenn dem nicht Hofgehebe wurde, dann muß es ein Glück genannt werden, daß die abstrakten Stimmen durchdrücken vermochten. Deren Standpunkt, den Prinzipalen werde durch die Aufnahme namentlich der weiblichen Erzhahkräfte in den Verband nur ein Vorwand gegeben, diese dauernd zu behalten, obwohl es gegen die eingegangene Verpflichtung gewesen wäre, hat sich unangenehm als richtig erwiesen. Wir würden einen schwereren Stand gehabt haben, auf die Entlassung eigener Mitglieder zugunsten der Arbeitslosen zu dringen, als es so gelungen konnte.

Ausnahmewelche Beschäftigung von Bebrüngen im dritten, zweiten und gar ersten Hebrjahr an der Sehmalschine war in 141 Fällen zu verzeichnen: 96 im dritten, 44 im zweiten und 1 im ersten Hebrjahr. Im Kreis X waren es mit 21 die meisten, in XII mit 4 die wenigsten; der Kreis IV a hebt mit keiner Ausnahme am besten da. Selbstverständlich haben jetzt nur noch Bebrüngen nach der alten tariflichen Zulässigkeit an der Sehmalschine etwas zu suchen.

In den vier Kriegsjahren wurden auch 757 Überschreitungen der Bebrüngenliste genehmigt. Das Tarifamt gibt selbst zu, daß es an unerlaubter Mehrhaltung von Bebrüngen nicht fehlt; wir meinen aber, da nun in den abgelegeneren Provinzorten, wo lange Zeit infolge der Kriegsverhältnisse oft Gehilfen nicht mehr vorhanden waren, eine Kontrolle wieder eher möglich ist, den Gehilfenvertretern gegenüber jetzt nachholende Mitteilungen stattfinden müssen, um gegen die schlimmsten Auswüchse vorgehen zu können. Die 757 tarifamtlich sanktionierten Überschreitungen sehen sich zusammen aus 475 Sebern, 223 Drucker, 45 Schmelzbecken- und 14 Stereotypenbebrüngen. Bei den Sebergehilfen zählen auch drei weibliche Bebrüngen mit. Der Kreis IX weist mit 119 Überschreitungen die größte Zahl auf, IV a mit 2 die niedrigste. Von diesen 2 geht es dann gleich auf 33. Mit der Bebrüngenliste werden wir erst mit den Jahren zu einem Ausgange kommen; auf keinen Fall darf es aber mit den Mehrereinstellungen fortgehen, wie es Leipzig zu tun beliebt zu Ofern.

Im allgemeinen sind wir Buchdrucker über die Kriegserzhahkräfte besser hinweggekommen als in anderen Berufen. Mit der Einstellung waren wir erfreulicherweise die letzten, sind aber am ersten wieder zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt.

Die Stereotypie — den Stereotypen!

Wer heute die Anzeigen arbeitsuchender Kollegen verfolgt, der kann im „Korr.“ und auch im „Allgemeinen Anzeiger“ die Inserate sich mehren sehen, in denen Seber und Maschinenmeister Stellung suchen, die sich neben ihren „übrigen Talenten“ auch als tüchtige Rund- und Flachstereotypenre ausgeben. Das ist ein Zustand, der mit der Zeit unre Bebrüngenergänzung, die durch den Tarif festgelegt ist, um ein Vielfaches erhöht und daher ganz entschieden eingedämmt werden muß. Denn erfahrungsgemäß bleiben derartige Kollegen bloß so lange Seber bzw. Druckerstereotypenre, bis sie genug von uns gelernt

haben, um als fertige Stereotypenre sich anzubieten und allmählich in unsern Beruf unterzulassen.

Ich will nicht die Fälle verkennen, daß in einem kleinen Orte die Berufstätigen derart liegen, daß eine Verelung beider Berufs notwendig ist. Mit dem wirklich vorhandenen Bedarfe stehen jedoch diese Angebote in keinem Verhältnis. Und da ist es doch eigentlich ein großes Übel, daß eine so große Anzahl Kollegen mit ihren Kenntnissen eines andern Berufs, die sie sich vielfach beim Formenkleben usw. erworben haben, haushieren geht.

Aus diesem Grunde möchte ich die Mahnung an die betreffenden Kollegen richten, doch die Möglichkeiten zu benutzen, um sich „brüchen“ oder „lehren“ zu lernen, damit sie in ihrem gezielten Beruf ihr Fortkommen finden. Gelegenheit, sich zu vervollkommen, ist dank der Tätigkeit unserer topographischen Vereinigungen genug geboten.

Sier helfen sie nur, das allgemeine Elend unsrer Sparte (bei etwa 450 Arbeitsangehörigen hatten wir vor einiger Zeit 80—100 Arbeitslose in Berlin) zu vergrößern. Und bei den Kollegen unsrer Sparte wird ein Gefühl der Verelung gegen die sich in den Beruf Hereindrängenden hervorgerufen.

Möge daher mein Mahnruf nicht ungehört verfliegen und die Wirkung haben, daß diese Inserate verschwinden im Interesse unsrer Kollegenschaft und im Interesse der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen allen.

Verbandskollegen: in diesem Sinne rufe ich den Kollegen nochmals zu: Die Stereotypen den Stereotypenre! Berlin. Karl Schmidt.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

St. Augsburg. Die aufbesuchte Versammlung am 3. Mai ehrte das Ableben eines Kollegen, erlebte drei Aufnahmegelechte und nahm dann den Bericht des Kreisleiters Schmidt für das erste Quartal 1919 entgegen. Das Ortsvereinsvermögen betrug am 31. März rund 14180 Mk. bei einem Mitgliederstande von 303 Kollegen. Vorsitzender der Maier gab dann den Bericht über die Verhandlungen mit den Prinzipalen bezüglich der von der hiesigen Mitgliedschaft eingereichten Forderungen. Sie wurden anerkannt bis auf die Ferienfrage. In der besondern Verhandlung darüber wurde unterseits beantragt, den Urlaub nach dem Lebensalter zu gewähren. Bedauerlicherweise gingen die Arbeitgeber darauf nicht ein; es wurde nur erreicht, daß Ferien gewährt werden sollen nach der Beschäftigungsdauer des einzelnen in jedem Geschäft, und zwar ab 1. Juni bis zum 1. Oktober d. J., sofern bei den Tarifauschüßberatungen diese Frage nicht eine andre, bessere Regelung stattfinden sollte. Die Versammlung erklärte sich mit dem Erreichten einverstanden. Im weiteren Verlaufe der Versammlung referierte Vorsitzender Maier über die vom Tarifauschüß zu erfüllenden Notwendigkeiten, die von unserm Ausschuss ausgearbeiteten zwölf Anträge behandelnd. Der Tarif müsse auch von dem vielen Belwerk entlastet werden. Die Versammlung erklärte sich mit den Anträgen, wie sie der Vorsitzende vorlegte, einmütig einverstanden. In der Aussprache über diesen Punkt wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß die Redaktion des „Korr.“ bis heute noch in keiner Weise zur bevorstehenden Tarifauschüß-Stellung genommen habe. Man hätte erwarten dürfen, daß die Gehilfenchaft auch von dieser hohen Marke aus die Ansicht zur Tarifauschüßbildung und zur gegenwärtigen Lage der Gehilfenchaft im „Korr.“ hätte hören können. (Das ist wieder ein Fall von kritiklosem Überleben, wie ihn Regnitz in Sachen der Malzeier sich schon geleistet hat. Die Veröffentlichung der Tagesordnung zur Tarifauschüßbildung am 12. April wurde bereits von einem redaktionellen Artikel begleitet. Die dadurch gleichzeitig eröffnete Diskussion mußte natürlich unterseits erst abgewartet werden. Nur mit größter Mühe war sie bis zu den Berliner Tagungen abzuschließen. In den Nummern vom 8., 10. und 13. Mai haben wir dann in vier Artikeln alles Notwendige gesagt. Damit konnten auch die Augsburger Kollegen rechnen; daß sie es nicht taten, zeugt von wenig Überlegung. Red.)

Berlin. (Generalversammlung vom 9. Mai.) Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die Anträge zur Tarifauschüßbildung. 2. Antrag der Arbeitslosen auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. 3. Antrag auf Erhöhung des Beitrags bei Annahme des vorstehenden Antrags. Nach Eröffnung der außerordentlich stark besuchten Versammlung gab Kollege Wolf „im Namen der Opposition“ (Zuruf: „Neue Sparte!“) folgende Erklärung ab und ersuchte um die Zustimmung der Generalversammlung: „Die Opposition des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer lehnt eine Verlängerung des Tarifs ab. Die Neuordnung der gesamten Lohn- und Arbeitsbedingungen geht durch die jetzt zu vollziehenden Neuwahlen der Arbeiterräte des graphischen Gewerbes an die Räteorganisation über. Die Vertretung aller im graphischen Gewerbe tätigen Personen sind die Betriebsräte. Diese Betriebsräte wählen in einer einberufenen Versammlung den Zentralrat für Groß-Berlin. Der Zentralrat stellt die wirtschaftliche Vertretung aller im graphischen Gewerbe tätigen Personen dar.“ Kollege Mallin bemerkte hierzu, daß sich die Generalversammlung des Verbandes auf den Standpunkt gestellt habe, den Tarifvertrag aufrecht zu erhalten. Der Berliner Gau könne sich nicht außerhalb dieser Beschlüsse stellen. Beschlüsse Berlin gegen die Generalversammlung, so hängt der Berliner Gau in der Luft und habe die Konsequenzen zu tragen. Kollege Barbknecht trat für die Annahme der Erklärung ein. Er sei der Meinung, daß die Berliner selbständig ihre Verhältnisse regeln könnten und dabei doch treue Verbandsmittelglieder bleiben können. Kollege Albrecht trat

entschieden gegen den Antrag ein und erklärte, daß die Konsequenzen der Annahme dieses Antrags sei, daß sich Berlin außerhalb der Organisation stelle. Die Versammlung lehnte den Antrag Wolf mit erdrückender Mehrheit ab. Damit fiel auch ein Antrag des Bezirks 4, der ähnliche Ziele verfolgte. Die Anträge zur Tarifauschüßbildung, sowohl die des Gauvorstandes als auch die in den Bezirksversammlungen angenommenen, lagen gedruckt vor und wurden vom Kollegen Albrecht begründet. An der mehrstündigen Debatte beteiligten sich die Kollegen Lobe, Wolf, Karl Schmidt, Boulers, Schulz, Berath, Ehrström, Walter, Schneider und Dreier. Die Anträge des Gauvorstandes wurden angenommen und durch die in den Bezirksversammlungen beschlossenen Anträge ergänzt. Die Regelung der Ferien soll gemäß einem Antrage des dritten Bezirks nach dem Alter steigend veranlagt werden. Das Berechnen soll abgeschafft werden, es erübrigte sich also die hierzu gestellten Anträge. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung gelangte ein Antrag des achten Bezirks zur Annahme, der prinzipiell vom Staate die ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen fordert und empfiehlt, von einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung getrennter Abhandlung zu nehmen.

Bochum. Die abnormen Feuerungsverhältnisse, die sich in den letzten Monaten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in außerordentlichem Maße steigerten, zwangen die Gehilfenchaft, mit entsprechenden Forderungen an die Prinzipale heranzutreten, und es wurde unter Berücksichtigung eines Auslasses der verschiedenen Lokalauslässe im Bezirk Bochum erreicht, daß folgende wöchentliche Zulagen in den einzelnen Orten bewilligt wurden: Bochum und Langendreer 15 Mk., Datteln, Herne und Recklinghausen 17,50 Mk., Cicheln und Wanne 18 Mk., Kattlingen und Linde 20 Mk., Ahnen und Witten 25 Mk.; außerdem eine einmalige Abfindung an Verbeiratete 50 Mk., für jedes Kind 10 Mk., an Ledige 25 Mk. in den Orten Datteln, Bochum, Kattlingen und Recklinghausen. In Witten brachte die Firma Krüger (die nur eine wöchentliche Zulage von 12 Mk. an Verbeiratete und 10 Mk. an Ledige gewährte) eine einmalige Abfindung von 350 Mk. an Verbeiratete, 300 Mk. ohne Kinder und 250 Mk. an Ledige zur Auszahlung. Die Gewährung von Ferien wurde fast überall zugestimmt, ebenso auch die Abschaffung resp. Einschränkung der Nacharbeit. Diese Erfolge bedeuten eine Anerkennung der Notlage der Gehilfenchaft. (Inzwischen haben die Setzungsverleger in Bochum beschlossen, Ferien zu gewähren nach folgenden Stufen: nach einjähriger Tätigkeit 3 Tage, nach dreijähriger 6 Tage und nach fünfjähriger 12 Tage. Diese Festlegung soll auch in allen andern Branchen in Bochum zur Einführung gebracht werden.)

Brandenburg (Havel). Durch Verhandlung mit den Prinzipalen wurde für sämtliche hiesige Gehilfen vom 5. Mai ab eine wöchentliche Erhöhung der Feuerungsverzulage um 15 Mk. erreicht, wovon 10 Mk. auf die von der Tagung des Tarifauschüßes zu erwartende Zulage angerechnet werden sollen. Letztere dürfte nach Meinung der hiesigen Prinzipale nicht unter 20 Mk. betragen. Von der außerdem beantragten brüchigen Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden wöchentlich wurde Abstand genommen, weil eine solche Verkürzung durch die Tarifauschüßbildung bestimmt erwartet wird.

Erfurt. (Vierteljahrsbericht.) Am 28. Februar fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Generallist.“ Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung protestiert gegen die Art und Weise, wie der Generallist in Szene gesetzt worden sei, und daß in solch tief einschneidenden Fragen die Gesamtheit der Arbeiterschaft gehört werden müsse, da nur durch eine Abstimmung der Wille der Massen zum Ausdruck kommen könne. — Am 3. und 7. März hatten wir hieran anschließend zwei große Versammlungen. — Am 12. April fand eine ordentliche Mitgliederversammlung statt, in der als Hauptpunkt der Antrag auf sofortige Lohnenerhöhung zur Diskussion stand. Verlangt wurden 15 Mk. für alle gelernten Arbeiter, für ungelernete männliche Arbeiter 10 Mk., für weibliche 8 Mk. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit den andern graphischen Organisationen in Verbindung zu setzen. Die inzwischen erschienene Bekanntmachung über Statistiken einer Tarifauschüßbildung veranlaßte die Versammlung, vorläufig den Instanzenweg zu gehen und den Antrag dem Gehilfenvertreter König wie dem Gauvorsitzer Prox zu übermitteln. Dem Gelingensverein „Gutenbergs“ wurden als einmalige Unterstützung 100 Mk. Beitrag bewilligt. — Am ersten Osterfesttage fand die Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Kollegen E. Sonnenfeldt, unres langjähriger Orts- und Bezirkskollektors, statt. Der Sublar wurde durch ein Diplom seitens des Ortsvereins, Geschenke von seinen Arbeitskollegen und des Maschinenmeistervereins sowie zahlreiche Glückwünsche geehrt. — Am 23. April hatten wir wieder eine außerordentliche Mitgliederversammlung, u. a. mit „Stellungnahme zur bevorstehenden Tarifauschüßbildung“. Zur Versammlung war Gauvorsitzer Prox aus Weimar erschienen. Der Vorsitzende brachte das Antwortschreiben des Kollegen König über unsern eingangs erwähnten Antrag zur Verlesung. Kollege König teilte mit, daß er zu dem Antrag in seiner Eigenschaft als Tariffunktionär keine Stellung nehmen könnte, obgleich auch von verschiedenen andern Städten das gleiche Ersuchen an ihn erging sei. Auch Gauvorsitzer Prox sprach sich im selben Sinn aus, gab aber zu, daß, wie in unrer Verhandlung gesagt worden sei, außerordentliche Verhältnisse außergewöhnliche Maßnahmen bedingen, aber Gewaltmittel vermieden werden sollten. Die Versammlung

wurde sich darüber einig, daß ihr Antrag unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse und wählte eine viergliedrige Kommission, die an die Prinzipale heranzutreten sollte. Im weiteren wurde unser Gehilfenvertreter beauftragt, in der Tarifauschüßung mit allen Mitteln für eine bedeutende Besserstellung der Gehilfen und andre Forderungen einzutreten. — Am 3. Mai fand nun eine Verammlung aller graphischen Verbände statt, um den Bericht der Kommission über den Antrag auf Lohnerböhung entgegenzunehmen. Die Prinzipale hatten es vorerst abgelehnt, mit der Kommission zu verhandeln; nach wiederholtem Vorstellwerden fanden sie sich dann aber doch zu Verhandlungen am 3. Mai bereit. Am gleichen Tage, vormittags 10 Uhr, hatte aber das gesamte Personal der größten Druckerei am Orte passiven Widerstand geleistet, weil die Forderungen nicht bewilligt wurden. Die daraufhin folgenden Verhandlungen mit den Firmeninhabern brachten den Gehilfen aller Berufswege wöchentlich 15 Mk., gelerntem Hilfsarbeiterinnen und verheirateten Hilfsarbeitern 8 Mk., ungelerten Hilfsarbeiterinnen und ledigen Hilfsarbeitern 4 Mk. Diese Sätze wurden von den beiderseitigen Kommissionen und von der Verammlung aufgestellt.

H. Essen. (Bereinigung der Stereotypen und Galvanoplastiker.) Die am 4. Mai in Essen abgehaltene Bezirksversammlung wies einen guten Besuch auf. Nach den Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden konnten wiederum drei Kollegen aufgenommen werden. Der Kassenbericht erstattete Kollege Schröder. Am den Anschließ mit den übrigen Bezirksvereinen wieder herzustellen, beischloß die Versammlung, in nächster Zeit eine Delegiertenkonferenz des Gauces Rheinland-Westfalen nach Essen einzuberufen. Eine längere Diskussion führte die Frage über Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit herbei. Sämtliche Kollegen waren der Ansicht, daß es auch im Buchdruckergewerbe an der Zeit sei, mit der Nacht- und Sonntagsarbeit aufzuräumen. Eine dementsprechende Entschliebung wurde einstimmig angenommen. Hiernach Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Frankfurt a. d. O. In der am 4. Mai 1919 hier abgehaltenen Bezirksversammlung waren 146 Kollegen anwesend. Verschiedene Ortsvereine hatten infolge der schlechten Bahnverbindung nur Delegierte entsenden können. Zu Beginn der Sitzung trug der Gesangsverein „Ep. graphia“ ein Lied vor. Der Vorsitzende A. Reineke begrüßte die Erschienenen wie auch alle aus dem Orte wieder heimgekehrten sowie gleichfalls den aus dem Felde heimgekehrten und nach langjähriger Abwesenheit heute zum erstenmal erschienenen Gauvorsteher Hannack. Die Versammlung ehrte alsdann das Andenken der seit dem letzten Bezirkstage gesunkenen und verstorbenen Kollegen. Darauf erhielt der Gauvorsteher Hannack das Wort zu seinem Jahres- „Unsre tarifliche und wirtschaftliche Lage“. In der sehr regen Diskussion, in der die einzelnen Ortsvereine ihre Forderungen vortrugen, einigte man sich mit dem in der Bezirksvertreterversammlung am 27. April d. S. seitens der Bezirke Brandenburg, Gberswalde, Frankfurt, Potsdam und Jossen aufgestellten Anträge von 25 Mk. Feuererzulage, Arbeitszeitverkürzung, Ferien usw. Aus der Versammlung wurde dem Gehilfenvertreter mit auf den Weg gegeben, bei der Tarifauschüßung energisch für die aufgestellten Forderungen einzutreten, und unter Standpunkt durch eine Resolution festzulegen. Nun gab der Vorsitzende den Jahresbericht, woraus hervorging, daß im Bezirke jetzt 372 Mitglieder sind, neu eingetretene bzw. übergetreten 51, wieder eingetretene 8 Kollegen. Dem über vier Jahre währenden Völkermorden fielen im ganzen 58 Kollegen des Bezirkes zum Opfer. An Unterstützungen an die Frauen der im Felde lebenden Kollegen wurden in Summa 4165 Mk. gezahlt. Der Kassenbestand betrug am 31. März d. S. 1936,25 Mk. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Pd. Göttha. Die am 27. April hier abgehaltene Bezirksversammlung, die erste nach dem Kriege, war trotz der sehr ungünstigen Bahn- und sonstigen Verhältnisse von über 160 Kollegen des Bezirkes besucht. Vorsitzender Eißhöfer begrüßte die Erschienenen, vor allem die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen, und gedachte der Kollegen (60), die ihr Leben in dem unglückseligen Kriege opfern mußten. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht sei folgendes hervorgehoben: Die Mittelberzahl beträgt gegenwärtig 344, neuingetreten sind 71 Kollegen. Zum Heeresdienst einberufen waren 378, davon 200 verheiratete Kollegen; wieder entlassen oder beurlaubt wurden 178. Vollbeschäftigt sind 295, verheiratete Arbeitszeit haben 2, arbeitslos sind 42 und in andern Berufen tätig 6 Kollegen. Die Einstellung der Kriegesstellennehmer ist im Bezirk im großen und ganzen nach dem Geleht erfolgt. Eine untrübliche Ausnahme machte nur die Firma Julius Verthes in Göttha, eine karthographische Anstalt von Weltrul. Sie stellte sämtliche aus dem Felde zurückgekehrten Buchdrucker nicht wieder ein und brachte die zwei dort noch tätigen Kollegen auch noch zur Entlassung, um die Buchdruckerei (ein Nebenbetrieb der Anstalt) angeblich wegen Arbeitsmangels stillzulegen. Der wahre Grund der Stilllegung scheint aber die „hohen“ Löhne der Buchdrucker zu sein, werden doch in andern Abteilungen der Anstalt heute noch Löhne von 20 bis 30 Mk. gezahlt. Der Kassierer Werner erstattete den Kassenbericht für 1918, der genehmigt wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes rief eine lebhaft Auseinandersetzung hervor. Vorsitzender Eißhöfer hat seinen Posten niedergelegt infolge des Verhaltens der Buchdrucker während des Generallstreiks in Göttha, die denselben nach achtzigem Streiken ihrerseits für beendet erklärten, auch lei die Mehrheit der Kollegen im Bezirke nicht für den Streik gewesen. Als Vorstehen-

der wurde hierauf Kollege Staub neu, als Kassierer Kollege Werner wiedergewählt. Gauvorsteher Prox (Wemar) hielt dann einen vorläufigen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage der Buchdrucker und die bevorstehende Tarifauschüßung“. Nach einer lebhaften Diskussion wurde eine Entschliebung einstimmig angenommen. Ein Antrag, das „Korr.“-Obligatorium im Bezirk aufzuheben, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Begründet wurde der Antrag damit, daß die Schreibweise des „Korr.“ nicht den Erfordernissen der Revolution entspreche, während die Mehrheit der Kollegen im Bezirk auf dem Standpunkte steht, daß sie die Schreibweise und den Inhalt des „Korr.“ voll und ganz gutheißen kann. — Auf Vorschlagwerden des Personals wurden im „Vollblatt“ (W. Boch & Co.) in Göttha 15 Mk. wöchentliche Zulage gewährt.

Hamburg-Altona. (Auerordentliche Generalversammlung vom 4. Mai.) Unter „Bereinsmittlungen“ gab Vorsitzender Runkler bekannt, daß vier Mitglieder verstorben sind, darunter ein Kriegsteilnehmer. Arbeitslos seien noch 498 Mitglieder (267 Seher, 140 Drucker, 41 Schriftgänger, 23 Schmelzbergende, 20 Malchensseher, 10 Korrekturen, 7 Stereotypen). Zum ersten Punkte der Tagesordnung wurde ein Antrag Völliger angenommen, das Gewerkschaftscharakter möge auf baldige Neuwahl der Vertreter der Arbeiter in der Arbeitervertretung hinwirken, namentlich der Ausschub- und Vorstandsmitglieder bei der Landesverlegungsanstalt der Sanitätskassen. Aus diesen Vertretern sollten Kontrollkommissionen für die Kesselfüllen gewählt werden, auch in bezug auf deren Hausordnungen. Für die Stellung von Anträgen auf Übernahme des Selbstverhaltens sollten entsprechende Erleichterungen geschaffen werden, auch sei eine Erhöhung des Hausgelbes und der Renten anzustreben. Kollege Runkler machte sodann Ausführungen in Hinblick auf die Tarifauschüßung und über die stattgehabten örtlichen Verhandlungen. Als Grund von Anträgen aus dem Carlstraße X wurde mit den Hamburger Anträgen zusammengeführt und dem Gehilfenvertreter Runkler in Form einer längeren Resolution zu den Verhandlungen in Berlin auf den Weg gegeben. Die Rechte der Arbeitervertretungen (Betriebsräte, Arbeiterschlichter, Vertrauensmänner) sind darin präzisierter; weiter wurde erklärt, Briefe, durch die Verhältnisse gebotene Abmachungen über den Tarif hinaus sollten zulässig sein. Ein Entschlußplattum von 120 Mk. wurde als notwendig bezeichnet. Die Versammlung war von 1000 bis 1200 Mitgliedern besucht.

Hamburg-Altona. (Verein der in Schriftgalerien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Auerordentliche Generalversammlung am 3. Mai.) Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte den Vorsitzenden den Kollegen Fr. Fischer zu seinem fünfzigjährigen Berufsjubiläum im Namen der Versammelten. Nachdem nunmehr unsre Tarifherozegung beendet ist, gab der Kollege Hausmann einen Überblick, es erklärten sich die Anwesenden damit einverstanden, während zwei Firmen auf den Tarif im allgemeinen 120 Proa. und nur bei Schriften unter 80 leg 125 Proa. bezahlten, gewährten J. John Erhöhe ohne Einschränkung 125 Proa. und gehen außerdem acht Tage Ferien. Des weitern machte der Vertrauensmann bekannt, daß diese Firma zu der durch den Gasmangel hervorgerufenen Arbeitslosigkeit zu der staatlichen Unterstützung noch freiwillig 15 Proa. des Durchschnittsverdienstes zubezahlte. Weiter wurde beschlossen, den Unterstützungsparagrafen 12 des Vereinsstatuts während der Dauer dieser außerordentlichen Arbeitslosigkeit außer Kraft zu setzen. Zu den eingegangenen Schreiben der Zentralkommission betrefis Einreichung von Ferien und Abhaltung einer Schriftgalerikonferenz gab die Versammlung ihre Zustimmung. Auch wurde lebhaft moniert, daß die kleineren Gießkände zur Konkurrenz nur einen Delegierten senden dürfen. Verschiedene Redner betonten, daß die großen Gießkände je ein Mandat zugunsten kleinerer Gießkassen abtreten könnten, ohne in ihrer Vertretung beeinträchtigt zu sein. Für Hamburg-Altona wurde der Kollege G. Kubner gewählt. Hiernach Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Königsberg. (Maschinenfabrikerverein für Ostpreußen.) Unsre Generalversammlung, die auch diesmal der ungünstigen Verkehrsverhältnisse wegen von Provinzkollegen nicht besucht war, fand am 27. April statt. Eines verstorbenen Kollegen wurde in ehrender Weise gedacht. Aufgenommen konnten drei Kollegen werden. Der gedruckte vorliegende Jahres- und Kassenbericht fand glatte Erledigung. Wiedergewählt wurde Kollege Krakau als Vorsitzender, Kollege Hartmann als Kassierer. In die technische Kommission wurden vier Kollegen gewählt. Eine längere Debatte wurde durch die Behandlung der Fragen Nachtarbeit sowie Verkürzung der Arbeitszeit ausgelöst. Nach einigen vom Geiste der Einigkeit und Kollegialität getragenen Worten des Gauvorstehers Reisinger schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Landsberg (Warthe). Am hiesigen Orte sah sich die gesamte Kollegenschaft infolge der immer mehr steigenden Preise der nötigen Lebens- und Bedarfsartikel gezwungen, eine Lohnerböhung zu fordern. Da eine Einigung bis zum gestellten Termine nicht zustande kam, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Nach eintägigem Streik einigte man sich auf der Grundlage, daß die verheirateten Kollegen eine wöchentliche Zulage von 16 Mk., die unverheirateten eine solche von 13 Mk. erhalten.

Leipzig. (Gaumitgliederversammlung am 7. Mai.) Gauvorsteher Engelbrecht gab den Bericht über die Verhandlungen betrefis Feuererzulagen. Die zunächst mit den hiesigen Prinzipalen geführten hatten kein Ergebnis. Sie erklärten, nicht abgeneigt zu sein, eine Zulage zu gewähren, doch ständen sie grundsätzlich auf dem Boden des

Paris und sprächen nur dem Tarifauschüßung das Recht zu, Änderungen in der Lohnhöhe vorzunehmen. Die Gehilfenleitung ersuchte daraufhin das Tarifamt um Vermittlung. In dessen Sitzung am 29. April, zu der sowohl die Leipziger Gehilfen als auch die Prinzipalvertretung erschienen waren, stellten die Gehilfen die Forderung auf Gleichstellung mit den Berliner Kollegen. Die Prinzipale dagegen sahen eine Erhöhung des Lohnes für Leipzig nicht ein, da sich die Verhältnisse seit Januar nicht verändert hätten. Engelbrecht beantragte, das Tarifamt möge einen Schiedspruch fällen. Dieses gab nach längerer Beratung folgenden Entschluß bekannt: „Die Feuererzulagen werden um 10 Mk. pro Woche erhöht, rückwirkend vom 12. April.“ Die Parteien erklärten, diesen Schiedspruch anzuerkennen. Kollege Engelbrecht erklärte der Verammlung, er betrachte diese Zulage nur als eine Abschlagszahlung bis zur Lösung des Tarifauschusses. Bezüglich das Resultat aus nicht, so könne man doch von einem Erfolge sprechen, daß wir noch vor der Tarifauschüßung die Zulage erhalten hätten. Crempelbe über der Verammlung, den Schiedspruch anzunehmen. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Kollege Fleischbach erklärte, die Zulage sei nur ein Vorkriegsmaß. Die Straßenshahner hätten weit höhere Löhne. Es wäre auch kein Wunder, denn die Verbandsführer hätten gar nicht das nötige Interesse, etwas für die Kollegen zu tun. Es liege es auch mit der „Korr.“-Redaktion. Rablke eingeleitete Artikel würden verknüpfelt und mit einem Schwanz versehen. Die Buchdruckereien seien rentabel genug, um höhere Löhne zahlen zu können. Er beantragte eine Resolution, die empfahl, die Sozialisierung des Buchdruckergewerbes sofort in Angriff zu nehmen. Kollege Dose: Die Zulage sei wohl sehr erfreulich. Doch die Arbeitslosen und Kranken habe man wieder vergessen. Kollege Engelbrecht wies die Angriffe auf den Gauvorstand zurück und meinte, man solle niemals Angriffe machen, ohne sich vorher die nötigen Unterlagen verschafft zu haben. Er erinnere daran, daß den Ausgesetzten die Unterstützung weitere zehn Wochen gewährt werde. Die Gauvorsteherkonferenz werde auch das Arbeitslosenproblem behandeln. Es könne nicht lokal, sondern müsse zentral geregelt werden. Kollege Braun begründete einen Antrag, der die 10 Mk. Zulage als ein Referat für Leipzig betrachtet wissen will. Kollege Krause meinte, es sei unmöglich für die Gewerkschaften, ihre Arbeitslosen so zu unterstützen, daß diese mit den Arbeitenden gleichziehen. Vielmehr müsse dabei gestrebt werden, die Arbeitszeit so weit zu verkürzen, bis alle Arbeitslosen untergebracht seien, vor allem dürfen keine Lehrlinge mehr eingestellt werden. Auch er trete für Sozialisierung ein. Betriede das Resultat der Tarifauschüßung nicht, so solle auch die Kollegenschaft einmal sagen: Bis hierher und nicht weiter! Ob Unabhängiger oder Mehrheitssozialist, vor allem sollen wir Kollegen sein. Kollege Schaeffer trat dem Kollegen Fleischbach wegen der Angriffe auf die Redaktion entgegen. Es sei in dessen Artikel nur das gestrichen worden, was dieser aus Büchern abgeschrieben habe, zumal Fleischbach keine Artikel mehr noch bezahlet verlangte. Kollege Bogens: Die Herren, die immer von Sozialisierung sprechen, sollten endlich einmal damit herausrücken, wie das gemacht werden solle. Einige Redner sprachen von Beilegung. Von Beilegung könne keine Rede sein. Kleinere sei den Prinzipale die Wahrheit gründlich gesagt worden. Auch er sei der Ansicht, daß das Buchdruckergewerbe noch rentabel sei. Doch ein Referat für Leipzig dürfe es nicht geben. In vielen Orten Deutschlands seien Zulagen erteilt. Die nächste Tarifauschüßung müsse die Löhne im allgemeinen erhöhen und Leipzig mit Berlin gleichstellen. In bezug auf die Arbeitslosenunterstützung wäre er der Ansicht, daß die Arbeitenden dazu mehr herangezogen werden müßten. Wenn wir Zulagen erhalten, müßten wir davon den Arbeitslosen etwas zukommen lassen. Kollege Seibelbarb: Auch er sei nicht zufrieden mit der Zulage und habe den Prinzipalen bereits in Berlin erklärt, mit diesem Resultat vertraue er sich bald nicht vor die Kollegen zu treten. Doch sei er der Meinung, daß, wenn die Kollegen damals den Antrag Braun nicht angenommen, wir schon einige Wochen früher diese Zulage erhalten hätten. Nur durch die Ausschreibung der Tarifauschüßung seien die Prinzipale zu ihrem ablenkenden Verhalten gekommen. Wenn einige Kollegen die Zulage als einen Abgrenz bezehndeten und vor den hohen Löhnen der Straßenshahner sprächen, so müsse er erklären, daß er einem solchen Vertrage, der die Frauenarbeit um 100-120 Mk. monatlich niedriger bewerte, seine Zustimmung nicht gegeben haben würde. Er wolle den Vorwurf zurück, der Gauvorstand hätte nichts für die Arbeitslosen getan. Gerade dieser habe sich für die Arbeitslosen eingesetzt, auf dessen Vorklagwerden bei den Firmen seien soviel wie möglich eingestellt. Schiedsgericht und Schlichtungsausschuss würden bei Säubigungen anerkennen, und diese entschließen soll immer zugunsten der Gehilfen. Sätten doch einzelne Firmen bis zu 4000 Mk. Arbeitslohn nachzugeben. Die unsichere politische Lage hindere aber auch die Verleger, Aufträge zu vergeben, trotzdem Arbeit genug vorhanden wäre. Unmöglich sei es, alle Betriebe verläßt arbeiten zu lassen; doch könnte er mit Krone darin überein, daß nicht mit Erhöhung der Unterstützung den Arbeitslosen gedient sei, sondern mit Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Er warne vor dem Antrage Braun, für Leipzig ein Referatrecht zu schaffen. Gegen die Sozialisierung lei kaum ein Gewerkschaftsführer, doch wären die Wege verschieden. Es sei sich auch hier in Leipzig, daß die größten Schreier keine praktische Arbeit zu leisten vermögen. Auch er empfiehe, den Tarifamtschieds als Abschlagszahlung anzunehmen. Kollege Lehmann: Die Organisation möge die bewährten Bahnen nicht verlassen. Stürmer und Dränger beschäftigten sich

mit der Frage der Sozialisierung. Die Organisation solle dazu eine abwartende Stellung einnehmen. Er empfehle den folgenden Antrag über auch einstimmig angenommen wurde, während die Resolution vom Kollegen Fleischbach gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt wurde: „Die Versammlung nimmt die durch Schiedspruch des Tarifrats zugespochenen 10 Mk. Steuerungszulage als Abblagszahlung entgegen. Die Versammlung erwartet durch die Tarifauschüttung eine materielle Gleichstellung der Leipziger Gehilfenschaft mit der Berlins.“ Zum zweiten Tagesordnungspunkte: „Stellung von Anträgen zur Tarifauschüttung“, begründete Kollege Engelbrecht die Anträge des Vorstandes. Kollege Schaeffer brachte folgenden Antrag ein: „Der Tarifauschüttung wird aufgefördert, den ganzen Einfluß des gesamten deutschen Buchdruckwerkes in der Öffentlichkeit und den Parlamenten gegenüber für einen sorgfältigen und gründlichen Abbau aller Lebensmittelpreise sowie der übrigen unentbehrlichen Bedarfsartikel des täglichen Lebens einzusetzen. Der Vorstandsvorstand wird aufgefördert, durch Vermittlung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften die gesamte Arbeiterkassendanklands zu einheitlichem und energischem Kampfe gegen die unerhörte Steuerungszulage aufzurufen.“ Kollege Helmholz trat warm für diesen Antrag ein und meinte, das sorgfältige Steigen der Löhne führe zu nichts. Es sei Selbstbetrug der Arbeiter. Nur die Verbilligung der Lebensmittel könne Besserung schaffen. Wenn es nicht anders ginge, dürfe die Arbeiterkassendank selbst vor Anwendung der schärfsten Waffe nicht zurückbleiben, um einen Abbau der Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse zu erreichen oder wenigstens der Preisgestaltung ein Halt zu geben. Die Anträge des Vorstandes wie auch der Antrag Schaeffer wurden hierauf angenommen.

Minden i. W. Die Mitgliederversammlung am 3. Mai erzielte sich eines recht guten Besuchs. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende nach in ehrenden Worten des verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Perlin. Sämtliche Neuausgewählte konnten dem Verbande begrüßt werden. Die Begrüßungsalbe wird nicht überhört. Danach gab der Vorsitzende einen eingehenden Bericht über die am 27. April in Herford stattgehabte Bezirksvertrauensmännerversammlung. Den zweiten Teil dieses Berichts übernahm Kassierer Schulz. Beide wurden mit Beifall aufgenommen. Ferner erwartete die heutige Gehilfenschaft von den Prinzipalen mehr Entgegenkommen und Verständnis für die heutige schwere Zeit. Die Wünsche wurden in einem Antrage zum Ausdruck gebracht, der einstimmig angenommen und an den Beihilfenvertreter gefandt wurde. Den Stellenbericht gab der Kassierer in üblicher Weise. Bestand der Ortskasse 740,77 Mk. Die Delegierten, Kollegen Engel und Hüssen, gaben einen ausführlichen Bericht über die Karstelllungen. Der Punkt „Stiftungs- und Johannisfest“ ergab eine rege Debatte, die aber auch zum guten Ziele geführt werden konnte. Interne Angelegenheiten bildeten den Schluß.

Gau Altpreußen. Auf dem Verhandlungswege wurden in letzter Zeit in einer Reihe von Orten unfres Gutes ansehnliche Verbesserungen erzielt. Königsberg: 15 Mk. Erhöhung der Steuerungszulage ab 29. März und einmalige Zahlung eines Wochenlohns mit Steuerungszulage; Silbit: 10 Mk. Erhöhung der Steuerungszulage; Allenstein: 12 Mk. Erhöhung der Steuerungszulage und einmalige Zahlung eines Wochenlohns mit Steuerungszulage; Lyda: 15 Mk. und Ferien von drei bzw. acht Tagen, auch für Beihilfen; Memel: 15 Mk. Erhöhung der Steuerungszulage; Osterode: 20 Mk. Erhöhung der Steuerungszulage; Neidenburg: für Unverbeiratete 13 Mk., für Verbeiratete bis 30 Jahre 15 Mk., bis 35 Jahre 18 Mk., über 35 Jahre 20 Mk., Gewährung einer Entscheidungssumme an alle Gehilfen in Höhe eines Wochenlohns.

Bassau. Der hiesige Ortsverein veranstaltete kürzlich einen kleinen Familienabend zu Ehren der heimgekehrten kriegsruhenden Kollegen. Vorsitzender Dambeck begrüßte in herzlichen Worten die Zurückgekehrten. Vier Mitglieder des hiesigen Ortsvereins blieben auf dem Schlachtfelde und vier befinden sich noch in französischer Gefangenschaft. Für fünfundsiebenzigjährige Mitgliedenschaft konnte gefeiert werden Kollege Max Wolf, langjähriger Vorsitzender der Mitgliedenschaft. Unter Gesang, Musik und Tanz verbrachte man wieder einmal angenehme Stunden im Hofgartenkreise. — Auch die Generalversammlung fand kürzlich statt. Unfre Mitgliederzahl erreichte wieder die Höhe wie vor dem Kriege. Nach wurden die ersten Punkte erledigt. Dann fand Neuwahl statt. Kollege Dambeck wurde auch weiterhin als Vorsitzender wiedergewählt. Um die Kassenverhältnisse günstiger zu gestalten, wurde der Beitrag auf 2,25 Mk. besetzt. Ein Antrag auf Einführung des „Korr.“-Obligations wurde einstimmig angenommen. Mit herzlichen Mahnworten zu reger Mitarbeit schloß der Vorsitzende die fast vollzählige besuchte Versammlung.

Te. Neudenburg. Infolge glücklicher Vereinbarung mit der hiesigen Prinzipalkassat ist es der Mitgliedenschaft gelungen, eine Lohnzulage von 10 bis 15 Mk. zu erlangen. Diese gelangte bereits am 3. Mai zum ersten Male zur Auszahlung.

Schönebeck a. d. E. Du Schmerzenskind im Saalegau! Endlich, nach langer, schwerer Arbeit war es uns auch hier möglich, zur Gründung eines Ortsvereins zu schreiten. Als Hauptursache hierzu sei angeführt, daß die Firma Karl Hirschfelder in andern Besitz übergang und der neue Besitzer den Tarif sofort einführt. Durch rege Agitation der Kollegen am Orte wurde auch die Firma Wulker genötigt, den Tarif einzuführen. Es bleibt einzuweisen noch die Firma Gebr. Wallstein außerhalb des Gebietes. Durch eine Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium, in Zukunft häßliche Druckaufträge nur noch bei tariffreien Druckereien anfertigen zu lassen, konnte der letztgenannten

Firma schon ein kleiner Schaden zugefügt werden. Der lange Ortsverein zählt 25 Mitglieder. Möge Schönebeck als Schuttdomäne für immer von der Häßlichkeit verschwunden sein! Ortsvereine, die sachtechnisches Material zur weiteren Fortbildung der Kollegen und zur Gründung einer Bibliothek abgeben können, werden gebeten, dieses dem Vorsitzenden Fr. Maier, Kaiserstraße 21, zu übermitteln.

o o o o o Rundschau o o o o o

Ferien! In Augsburg bewilligte die Prinzipalkassat für alle Beihilfen Ferien, und zwar bei einer Gehilfenschaftzugehörigkeit von einem bis zu fünf Jahren 4 Arbeitsstage, bei einer solcher von über fünf bis zu zehn Jahren 6 und über zehn Jahren 12 Arbeitsstage. — Die Genossenschaftsdrucker Groß-Dresden e. G. m. b. H. in Dresden gewährt ihrem gesamten Personal zwei Wochen Erholungsurlaub, was um so mehr anzuerkennen ist, als die Firma erst seit 1. April d. J. besteht. — Nachdem die „Düsseldorfer Volkszeitung“ kürzlich dem gesamten technischen Personal eine wöchentliche Lohnzulage von je 10 Mk. bewilligt hatte, erweiterte diese Firma nunmehr: auch die Ferien. Es werden gewährt: bei einer Beschäftigungsdauer bis zu drei Jahren eine Woche, bei drei bis fünf Jahren zwei Wochen, über fünf Jahre drei Wochen; außerdem für jeden Ferientag einen Zuschuß von 5 Mk. einschließlich der Sonntage. In Betracht kommen alle Beschäftigten, die vor dem 1. Januar d. J. in das Geschäft eingetreten sind.

Meisterprüfung. In Hannover machten die Kollegen Blümer, Duwe, Engelhardt, Ernst, Heine, Süßold, Pehold und Schaper die Meisterprüfung, und zwar fünf mit dem Prädikat „Gut“ und drei mit „Genügend“.

Arbeitsgemeinschaft im Stuttgarter Buchdruckgewerbe. Zweck Belpredung von Angelegenheiten, die das Gesamtgewerbe angehen, beispielsweise die Fortbildung des gewerblichen Nachwuchses, ist in Stuttgart eine Vereinigung von Prinzipalen und Mitarbeitern unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft des Stuttgarter Buchdruckgewerbes“ geschlossen worden. Die Gemeinschaft ist in paritätischer Weise aus zwölf Vertretern der Prinzipale und aus zwölf Vertretern der Faktoren und Gehilfen zusammengesetzt. Die Prinzipalvertreter werden vom Verein der Stuttgarter Buchdruckereibesitzer gewählt; als Vertreter der Faktoren und Gehilfen bestimmen die Gausleitung unfres Verbandes vier Mitglieder, der Graphische Klub Stuttgart zwei Mitglieder, der Stuttgarter Faktorenverein zwei Mitglieder und der Verein der Stuttgarter Korrektoren, der Stuttgarter Maschinenlehreverein, der Stuttgarter Verein der Stereoskopieure je ein Mitglied. Vor allem will die Arbeitsgemeinschaft der Pflege, der Ausbildung und Fortbildung der Lehrlinge und Gehilfen dienen, und zwar sowohl durch Einflußnahme auf das Fortbildungs- und Fachschulwesen wie auch durch Förderung und Veranlassung von Fortbildungskursen, Vorträgen, Preisausstellungen und dergleichen. Ferner will sie in Fällen besonderer Not nach Möglichkeit Hilfe leisten, die Unterbringung Schwerbeschädigter im Gewerbe sichern und den Aufstieg begabter jüngerer Kräfte fördern. Außerdem aber soll die Gemeinschaft eine neutrale Stätte der Belpredung und Beratung aller beruflichen Angelegenheiten unter Ausschluß tariflicher Vereinbarungen sein. Die Vertretung liegt in den Händen des geschäftsführenden Ausschusses, zu welchem die Prinzipalvertreter einen Vorsitzenden und den Kassierer und die Vertreter der Faktoren und Gehilfen einen Vorsitzenden und den Schriftführer wählen. Die beiden Vorsitzenden berufen gemeinsam die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft ein und teilen sie abwechselungsweise. In der Regel tritt die Arbeitsgemeinschaft monatlich einmal, im übrigen nach Bedarf zusammen. Zur Bedeckung der Ausgaben sind zunächst freiwillige Stiftungen in Aussicht genommen; als Grundstock wird von den Prinzipalvertretern die Summe von 20000 Mk. eingebracht. Über die Verwendung der Gelder entscheidet die Arbeitsgemeinschaft, mit Ausnahme der kleinen laufenden Ausgaben, die der geschäftsführende Ausschuß regelt. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: prinzipalseitig Kommerzienrat Felix Kratz, von G. hilfen Seite unser Kollege G. Klein. Ihre Tätigkeit hat die Gemeinschaft sofort begonnen mit der Beratung über Vorschläge zur Anpassung des Unterrichtsganges der Buchdruckerfachschulen an der städtischen Gewerkschule an die Erfordernisse des Buchdruckgewerbes. Derartige lose Vereinigungen dürften in allen größeren Druckstädten empfehlenswert erscheinen, da sie durchaus im Sinn untrer Vereinbarungen liegen und dem Geist untrer Tarifgemeinschaft entsprechen.

Preisausstellungen. Die „Gartenlaube“ wendet sich an die Deutsche Künstlerkassat, um neue Umschlagezeichnungen zu gewinnen. Der Verlag Ernst Kells Nachfolger (August Scherl) G. m. b. H. hat als Preise 10000 Mk. ausgesetzt. Die Entwürfe müssen bis 31. Juli an den Verlag: Berlin SW, Zimmerstraße, eingelandt sein. — Ferner erläßt eine im Herbst d. J. neuerlichende Halbmonatsschrift „Geuer“, Zeitschrift für Kunst und künstlerische Kultur, ein Preisausstellen für eine Umschlagezeichnung und Titel vignette. Die für die Preise ausgeworfene Summe beträgt in diesem Falle 1800 Mk. Nähere Angaben sind durch die Schriftleitung, Düsseldorf, Harlesstraße 2, zu erlangen.

Unerbörte Maximen einer tariffreien Firma. Während der zweiten Hälfte des Krieges, zur Zeit des Gehilfenmangels, wurden unfre Kollegen im allgemeinen mit Glarehandbüchern angehebt; die Prinzipale waren froh, die

Besilfen halten zu können. Nachdem sich nun aber das Verhältnis geändert hat, das Arbeitsangebot die Nachfrage wieder übersteigt, erlauben sich einige unfre Arbeitgeber Übergriffe, die von jedem tariffreien Gehilfen als unter seiner Würde stehend mit Entrüstung zurückgewiesen werden müßten. Die Firma, Von & Co. in Fürth legt etwaigen Bewerbern gedruckte Fragebogen vor, auf welchen mehr als 30 Fragen zu beantworten sind. Fragen, die tief in das Familienleben der Gehilfen einschneiden, und zu deren Stellung wir der Firma jedeswe Recht bestreiten. Was geht die Firma die Religion des stellenden Gehilfen an? Mit welchem Rechte fragt sie nach der Sinderzahl, nach der Vorbildung des Bewerbers usw.? Sindet sich nun wirklich ein Kollege, der alle diese Fragen beantwortet, dann kann er unter Umständen auf ein Engagement rechnen; natürlich ist die Bezahlung unfres tariffreien Firma auch „tarifmäßig“! Kürzlich wurde — so wird uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt — ein Kollege, der sich um die Stelle des Obermaschinenmeisters bewarb, vom Geschäftsführer genannter Firma zwei Stunden lang examiniert; als dann alle Fragen beantwortet, die Antworten schriftlich niedergelegt waren, bot man dem Obermaschinenmeister — das Minimum! Ist das tarifmäßig? Waselbe Mandat wurde mit einem lange gefuchten Kalkulator gemacht. Unter diesen Umständen braucht sich die Firma nicht zu wundern, wenn sie trotz der großen Arbeitslosigkeit keine Leute bekommt. Das Minimum für beratige Vertrauensposten, das ist gelinde gesagt — ein starkes Stück von Tarifreue.

Preisfalscherei. Wie in manchen Betrieben Drucksachen kalkuliert werden zum allgemeinen Schaden unfres Gewerbes, zeigt wieder einmal folgender krasser Fall: Die Firma Erich Spandel in Nürnberg verlangte für einen Druckauftrag von 400000 Stimmzetteln zur Gemeindevwahl, welcher bereits in einer mittleren Druckerlei zu 1200 Mk. kalkuliert worden war (Satz, Druck usw.), ohne Papier ganze 150 Mk.! Aber auch bei andern Arbeiten stellt diese Firma ihren Mann, d. h. beim Preisdrücken. So wurde beispielsweise das Nürnbergere Drehbuch, 42 Bogen stark, welches früher in mehreren Druckerleien zu annehmbarem Preis hergestellt wurde, ebenfalls von der Firma E. Spandel um nahezu 7000 Mk. pro Jahr billiger hergestellt. Wo bleibt da der Druckpreistarif, und was ist die Folge solcher schlechter Kalkulationen? Schnellschuß und Antreiben des Personals! Man wundert sich nur, wie lange noch die Nürnbergere Prinzipalkassat solcher Schmutzkurrenzen freien Lauf läßt. Aber auch für uns Gehilfen ist es höchste Zeit, daß die zu wählenden Betriebsräte energisch eingreifen, um derartige haarsträubende Preisunterbietungen in Zukunft zu verhindern und somit um Wohl wie zur Hebung des Gewerbes beizutragen. Es ist unfre Pflicht und Schuldigkeit, gegen solche Vorkommnisse Front zu machen.

Kantaleversammlung des Börsenvereins. Trotz der Ungunst der Verhältnisse und ungeachtet der enormen Reichweiten der Verhältnisse war die diesjährige Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler am Kantale Sonntag stärker besucht als in den vergangenen Jahren. Aus den Verhandlungen ging unzweifelhaft hervor, daß der deutsche Buchhandel bestrebt ist, seine vor dem Krieg eingenommene Weltstellung zurückzuerobern. Ohne einen Protest gegen die „jüngst erfolgten enormen Preisserhöhungen im Buchdruckgewerbe“ ging es auch in dieser Versammlung nicht ab; um so nachdrücklicher plädierte der Vorsitzende des Börsenvereins, Geh. Hofrat Karl Giesismund (Berlin), für den Eintritt in die Zusammenfassung der Arbeitgeberverbände, „um den Zusammenklusse der Arbeitnehmer eine gleich starke Gemeinschaft der Arbeitgeber zur Abwehr übertriebener Lohn- und Gehaltsforderungen gegenüberstellen zu können.“ Ob ein diesbezüglicher Beschluß bereits gefaßt oder ob die Regelung dieser Angelegenheit dem Vorstand überlassen wurde, entzieht sich untrer Kenntnis; fest steht, daß ein Widerspruch nicht erfolgte, daß die im Börsenverein organisierten Buchhändler in das Lager der Scharmacher übergewogen bereit sind. In welsch fundamentalen Irrtum sich jene Kreise der Arbeitgeber befinden, die da meinen, die Fähigkeit der Gewerkschaften habe sich nach der siegreichen Revolution erschöpft, geht klar aus der in letzter Zeitutage getretenen Bewegung der Buchhändler hervor. Die Gewerkschaften sind keineswegs überflüssig, sondern sie sind die sichersten Hüter der Ergrungenheiten der Revolution; sie werden nach wie vor für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den einzelnen Gewerben beizutragen zu leisten haben. Beschlossen wurde in der Kantaletagung des Börsenvereins, den allgemeinen Steuerungsauflauf unverzüglich zu erhöhen, sobald ein erheblicher Umsatzzugang beim Sortiment oder eine weitere erhebliche Steigerung der Geschäftskosten eintreten sollte. Dagegen fand ein Antrag, das Recht der Bestimmung des Ladenpreises in Zukunft abhängig zu machen von der Festlegung auskömmlicher, den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Bezugsbedingungen, nach lebhafter Aussprache und unter scharfen Protest der Verleger als unvereinbar mit dem Gesetze, das dem Verleger die ausschließliche Bestimmung des Ladenpreises überlasse, Ablehnung. Eine einstimmig angenommene Entscheidung gegen die von der Entente vorgelegten Friedensbedingungen hebt hervor, daß der deutsche Buchhandel bereit ist, seine Organisation in den Dienst aller Bestrebungen zu stellen, die auf die Erhaltung der völkischen Eigenart, des nationalen Bestandes und der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes gerichtet sind.

Hauptversammlung des Deutschen Verlegervereins. In seiner am 17. Mai d. J. in Leipzig stattgehabten Hauptversammlung faßte der Deutsche Verlegerverein folgende Beschlüsse:

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, folche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 56 — Leipzig, den 22. Mai 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

gende Entschliessung: „Die dauernden Lohnerhöhungen steigern die bereits begonnene Abwanderung wichtiger Verlagszweige ins Ausland. Sie vernichten damit die Vormachtstellung des deutschen Buches und der reichsdeutschen Zeitschriften. Die Arbeitslosigkeit wird durch die Einstellung zahlreicher Verlagsunternehmungen weiter beschränkt, und die Lohstürze leidet. So werden alle gemeinsamen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen gefährdet. Der Deutsche Verlegerverein ist daher einmütig der Ansicht, daß weiteren Lohnerhöhungen entgegengetreten werden muß, die im gegenwärtigen Augenblicke besonders unzulässig sind, da ohnehin durch die schweren Friedensbedingungen die deutsche Wirtschaft und das deutsche Schrifttum in der schwersten Gefahr sind. Der deutsche Verlagsbuchhandel ist entschlossen, die entscheidendsten Maßnahmen gegen ein Fortschreiten auf diesem Wege zu ergreifen und lieber vorübergehend Opfer zur Abwehr zu bringen, als den dauernden Niedergang des Gewerbes zu verschulden.“ Mit aller Deutlichkeit muß einmal dagegen protestiert werden, daß die Verleger sorglos über Lohnerhöhungen lamentieren und ständig gegen weitere Verbesserungen des Einkommens der Arbeiter scharf zu machen suchen, während sie auf der andern Seite die weit umfangreichere Erhöhung der Materialpreise der Öffentlichkeit gegenüber überhaupt mit keinem Wort erwähnen. Ist es denn nicht zur Evidenz erwiesen, daß die Arbeiter im Buchgewerbe durchaus nicht zu den Besserbezahlten gehören, daß sie vielmehr nur das verlangen, was sie unbedingt zum Begleiten gebrauchen? Erlebt man denn nicht täglich, daß Schlichtungsausschüsse die Stundenlöhne der Arbeitnehmer auf 2,20 und 2,50 Mh. erhöhen, an welche Beträge die Einlösung der Gehältnisse im Buchgewerbe keineswegs heranreicht? Es muß ferner auch darauf verwiesen werden, daß die Verleger es stets verstanden haben, Steigerungen der Materialpreise sowie Lohnerhöhungen durch Steigerungen der Preise ihrer Erzeugnisse mehr als wett zu machen. Wir wissen sehr genau, daß es um das deutsche Wirtschaftsleben und speziell um das Buchgewerbe traurig bestellt ist; aber Gerechtigkeit in bezug auf die Darstellung der Verhältnisse im Buchgewerbe verlangen auch die Gehältnisse, und sie werden den „entscheidendsten Maßnahmen“ des deutschen Buchhandels mit aller Schärfe entgegenzutreten wissen.

Zusammenkunft aller deutschen Beamten. Unter dem Namen „Deutscher Beamtenbund“ wurde vor einigen Tagen in Berlin eine Organisation geschaffen, die, politisch farblos, ein Sammelplatz der Interessen des gesamten Beamtenstandes sein will. In der Gründungsversammlung forderten die Teilnehmer, daß bei Schaffung eines deutschen Wirtschaftsparlamentes eine entsprechende Vertretung der Beamtenklasse sicherzustellen sei.

Offene Sekretärstellen. Für das im Gebiete der Agitationskommission für Rheinland und Westfalen zur Leitung der gewerkschaftlichen Agitation zu errichtende Sekretariat in Düsseldorf wird ein Sekretär gesucht. Derselbe soll die Gewerkschaftsbewegung und die Organisationsverhältnisse in diesem Agitationsbezirke genau kennen. Bewerber wollen ihre Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin, Engelstraße 15, richten. — Ferner verlangt das Gewerkschaftskartell Brandenburg a. d. Havel einen Arbeitersekretär zum sofortigen Eintritt. Reflektiert wird auf eine sündliche Kraft. Gehalt nach Abereinunft. Bewerbungen sind bis zum 23. Mai mit der Aufschrift „Bewerbung“ an das Arbeitersekretariat Brandenburg zu richten. — Schließlich wird für das neu zu errichtende Arbeitersekretariat in Zeulenroda ein durchaus tüchtiger Sekretär benötigt. Das Gehalt wird nach Abereinunft gezahlt; im übrigen sind die Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse maßgebend. Für die Stelle sind die Bewerbungen bis zum 30. Mai d. J. an Albin Döls, Zeulenroda (Reuß), Mühlentw. 34, zu richten.

Briefkasten

C. A. in A.: Recht vielen Dank! Auf Grund dieser Unterlagen wird nun nach einem Platte zum Ankerwerfen gesucht. **A. S. in A.:** Bestellungen auf die Verbandsblätter sind nicht an den Verbandsvorstand zu richten, sondern von Orts-, Bezirksvereins- oder Gauvorständen wegen nur an die Firma Radewitz & Söhne, Leipzig, Salomonstraße 8, bezogen. Ich allerdings an unsern Verbandssekretär Eißler zu leisten. — **C. in C.:** Es ist richtig, es haben viele Mitgliedschaften nicht genügend getan, den Ablauf im Interesse der Kollegen selbst zu fördern. Doch ist der Einwand, erst wieder normale Zeiten abzuwarten, ganz ungeeignet, weil damit auf wohl lange Jahre nicht zu rechnen ist. Das Aussehen des Friedenserschütterer durch solche Hoffnungen und Erwartungen in weitem Maße. Die Zeitläufe in der Arbeiterbewegung sind aber so, daß ein jeder Solche seine „Verbandsblätter“ haben sollte. Was in einigen Ortsdruckschriften so gut gelungen ist, muß überall möglich zu machen sein. — **H. in B.:** Werden das Buch besprochen. — **A. in B.:** 1. War schon dem Tarifausschuß vorgelegt. 2. Verwendung sehr schwierig, wenn nicht ganz unmöglich. Warum nicht damals vor Erreichen des Niederbuchs? — **S. in C.:** Das war auch einmal wieder ein „Lebenszeichen“. — **C. in C.:** Berlin: Gedichtabdruck unmöglich, wohl aber soll verständnisvolle Bepredung erfolgen. — **O. in B.:** In Zeulenroda: Ein Situationsbericht ist um die angegebene Zeit hier nicht eingegangen. — **S. in C.:** 3,25 Mh. — **S. in C.:** 3,25 Mh. — **Fr. A. in C.:** 3,25 Mh. — **A. in A.:** 3,05 Mh.

Versehene Eingänge

„**Appographische Mitteilungen.**“ 6. Hefte. 1919. Sechzehnter Jahrgang. Das Heft bringt auf der ersten Seite einen ausgezeichneten, mit einer dem Inhalte vorzüglich angepaßten Bignelle geschmückten Artikel vom Kollegen Konradin Grader, betitelt: „Am Ersten des Maien“, der von wahrhaft edlen Gedanken und dem besten Willen, der Allgemeinheit zu dienen, erfüllt ist. Des weiteren behandelt Kollege Estlin in äußerst belehrender Form die Bignelle und ihre Anwendung“ und ergänzt dieselbe durch eine Anzahl tabellarischer und mehrfarbiger Beispiele, welche lehrte in einer besonderen bei Oskar Causse in Dresden gedruckten Beilage sorgfältig aufzusammeln sind. Auch die übrigen Beiträge sind sehr lesenswert, so daß man unwillkürlich dem Wunsch Ausdruck gibt, jeder Kollege möchte in den Besitz des vorliegenden Heftes gelangen. Zu beziehen ist das offizielle Organ des Verbandes der Deutschen Appographischen Gesellschaften zu einem Preise von 1,50 Mh. vierteljährlich für Besteller bei der Post oder bei der Buchhandlung, von 8 Mh. pro Jahr bei direkter Zufendung vom Verlage der „Appographischen Mitteilungen“, Leipzig, Salomonstraße 8. Das Einzelheft kostet 75 Pf., das Doppelheft 1,25 Mh. „**Mehheit des Deutschen Buch- und Steindruckers.**“ Heft 7. 25. Jahrgang. Das Heft beschäftigt sich in eingehender Weise mit der Bedeutung der Mutterkissen für das Druckgewerbe und veröffentlicht einige diesbezügliche interessante, zum Teil illustrierte Aufsätze. Auch der übrige Inhalt ist sehr lesenswert. Wir erwähnen: Berufsaufrufendell. Pflege des Druckpapiers. Preis des Heftes 2 Mh. Herausgeber Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Bienenw.-straße 19.

„**Die Lösung der sozialen Frage durch die Schule im neuen Deutschland.**“ Von Dr. phil. H. S. Kofe. 1. bis 15. Teilband. 1919. Preis 1,25 Mh. Verlag von Fr. Müll. Gruyter in Leipzig. „**Marxismus und Bolschewismus.**“ Eine Auseinandersetzung von Edwin Barth. Herausgegeben von Aufbau und Werden. Gesellschaft für praktische Volkswirtschaft und Steigerung der nationalen Arbeitsschraft. 32 Seiten. Preis 80 Pf. Ginn-Verlag, Berlin W 82. „**Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.**“ Von Parvus. (Sozialwissenschaftliche Bibliothek. 10. Band.) Preis kart. 3 Mh., geb. 4,50 Mh. 1919. Berlin SW 68, Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H. „**Die Lösung der sozialen Frage durch die Schule im neuen Deutschland.**“ Teilband 1. bis 15. Teilband. 1919. Preis 1,25 Mh. Verlag von Fr. Müll. Gruyter in Leipzig. „**Marxismus und Bolschewismus.**“ Eine Auseinandersetzung von Edwin Barth. Herausgegeben von Aufbau und Werden. Gesellschaft für praktische Volkswirtschaft und Steigerung der nationalen Arbeitsschraft. 32 Seiten. Preis 80 Pf. Ginn-Verlag, Berlin W 82. „**Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.**“ Von Parvus. (Sozialwissenschaftliche Bibliothek. 10. Band.) Preis kart. 3 Mh., geb. 4,50 Mh. 1919. Berlin SW 68, Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H. „**Die Lösung der sozialen Frage durch die Schule im neuen Deutschland.**“ Teilband 1. bis 15. Teilband. 1919. Preis 1,25 Mh. Verlag von Fr. Müll. Gruyter in Leipzig. „**Marxismus und Bolschewismus.**“ Eine Auseinandersetzung von Edwin Barth. Herausgegeben von Aufbau und Werden. Gesellschaft für praktische Volkswirtschaft und Steigerung der nationalen Arbeitsschraft. 32 Seiten. Preis 80 Pf. Ginn-Verlag, Berlin W 82. „**Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.**“ Von Parvus. (Sozialwissenschaftliche Bibliothek. 10. Band.) Preis kart. 3 Mh., geb. 4,50 Mh. 1919. Berlin SW 68, Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissofah 511.
Vernsprecher: Ami Kurfürst, Nr. 1191.

Leipzig. Die Seher Arthur Feld, geb. in Wöhra 1890, ausgl. in Leipzig 1908; Richard Sandhop, geb. in Leipzig 1872, ausgl. das. 1891; der Drucker Rudolf Scheps, geb. in Leipzig 1900, ausgl. das. 1918; der Steher Ernst Frank, geb. in Martrantstädt 1898, ausgl. in Leipzig 1916; der Stereotypur Erich Hofmann, geb. in Leipzig-Connewitz 1900, ausgl. in Leipzig 1918, werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen im Vereinsbureau zu melden.

Adressenveränderungen

Bonn. (Maschinenmellerverein.) Bezirks- und Ortsvorstehender: Heinrich Rehrich, Kalternersstraße 7 a; Bezirks- und Ortskassierer: Otto Zingler, Telephstraße 4.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Gau Obergeln der Seher Hans Horn, geb. in Orlenstein (Bayern) 1899, ausgl. in Orlenstein 1918; war noch nicht Mitglied. — Gau Schleswig-Holstein der Seher Paul Eichstädt, geb. in Hamburg a. d. S. 1896, ausgl. das. 1914; war noch nicht Mitglied. — Martin Prüler in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat März 1919.
Auf der Reise: 11 Mitglieder.

Am Orte (ohne den Gau Elb-Lothringen): Reiseunterstützung erbielten: 1581 Mitglieder, Ortsunterstützung erbielten: 5225 Mitglieder.

Am Arbeitslosetagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezahlt worden:

Beschäftigungsart	in der Reiseunterstützung		in der Ortsunterstützung am Orte		in der Ortsunterstützung		Unterstützung insgesamt
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Seher	11	139	999	22150	3586	84766	107055
Mach.-S.	—	—	21	358	140	2382	2740
Drucker	—	—	504	11623	1214	27929	39552
Stereotyp.	—	—	31	743	90	2027	2770
Galvanopl.	—	—	12	303	48	1150	1453
Korrektoren	—	—	—	—	13	334	334
Faktoren	—	—	—	—	4	115	115
Schriftgießer	—	—	12	313	102	2183	2496
Stempelführ.	—	—	2	33	28	793	826
	11	139	1581	35523	5225	121679	157341

Arbeitslos verblieben am 31. März 1919: 2993 Mitglieder.

Am Unterstützungen wurden gezahlt:

Reiseunterstützung:
an 11 Mitglieder für 139 Tage 202,90 Mh.
Reiseunterstützung am Orte:
an 1581 Mitglieder für 35523 Tage 35533,50 Mh.

Ortsunterstützung:
an 1018 Mitgl. für 21502 Tage a 1,25 Mh. — 26877,50 Mh.
„ 3825 „ 90878 „ a 1,75 „ — 159036,50 „
„ 382 „ 9299 „ a 2, — „ — 18598, — „
zusammen 204512, — Mh.

Gesamt wurden im Monat März gezahlt:

1919: 240248,40 Mh. für 157341 Tage

1918: 1715,06 „ für 976 „

mehr 1919: 238533,34 Mh. für 156365 Tage.

Gesamtausgabe im ersten Quartal (Januar bis März):

1919: 835866,85 Mh. für 545135 Tage

1918: 4269,99 „ für 2400 „

mehr 1919: 831596,86 Mh. für 542735 Tage

(ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Zentralinvalidenkasse in Ligu.

Quittung über die im 4. Quartal 1918 in den Gauen verausgabten Unterstützungen

Gau	Einnahme		Ausgabe		Saldo
	vor. resp. Qu. 1918	4. Quartal 1918	Smallen-Unterstützung	Begräbnis- u. Verwaltungsgelb.	
Berlin	569	50	95	100	2 60 371 90
Dresden	113	55	92	—	1 30 20 25
Hamburg	—	—	92	—	— 30 —
Hannover	200	30	184	—	2 60 13 70
Leipzig	455	30	282	100	1 15 72 15
Mittelrhein	215	40	182	—	2 60 30 80
Oberrhein	185	80	184	—	1 80 —
Oder	488	05	276	—	1 50 210 55
Polen	209	80	91	—	1 40 217 40
Rheinland-Westfalen	327	20	251	—	3 60 72 60
An der Saale	97	—	92	—	— 30 4 70
Schlesien	92	30	91	—	1 30 —
Schleswig-Holstein	123	10	91	—	1 30 30 80

Bilanz am 31. März 1919.

Einnahmen:

Am Saldo vortrag vom 31. Dezember 1918 Mh. 315438,73
„ Zinsen usw. 5460, —
Summa: Mh. 320898,73

Ausgaben:

Per Unterstützungen in den Gauen im 4. Quartal 1918, Verwaltung usw. Mh. 3233,75
„ Saldo vortrag für 1. April 1919 317664,98
Summa: Mh. 320898,73

Invalidentstand: 22.

Berlin, den 29. April 1919.

Gustav Eißler, Hauptkassierer.

Vorliegender Kassenabschluss ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageshassenbestand von 4220,13 Mh. in Belegen und Kasse festgestellt worden.
Berlin, den 4. Mai 1919.

Die Revisionskommission:

Eugen Segus, Ernst Gerlach, Paul Grumbach.

Jahresbericht für 1918

(Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassen laufen vom 1. April 1918 bis 31. März 1919.)

Einnahmen:

Am Saldo vortrag vom 31. März 1918 Mh. 319127,48
„ Zinsen 10955, —
„ Stückzinsen für verkaufte Wertpapiere 23,30
Summa: Mh. 330105,78

Ausgaben:

Per Invalidenunterstützung Mh. 9094, —
„ Begräbnisgeld 700, —
„ Bankzinsen für ein ausgelöstes Wertpapier 1,05
„ Kosten der Generalversammlung in Würzburg am 1. Juni 1918 1500, —
„ Verwaltungsausgaben der Liquidationskommission 1046, —
„ Verwaltungsausgaben in den Gauen 99,75
„ Saldo vortrag für 1. April 1919 317664,98
Summa: Mh. 330105,87

